



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

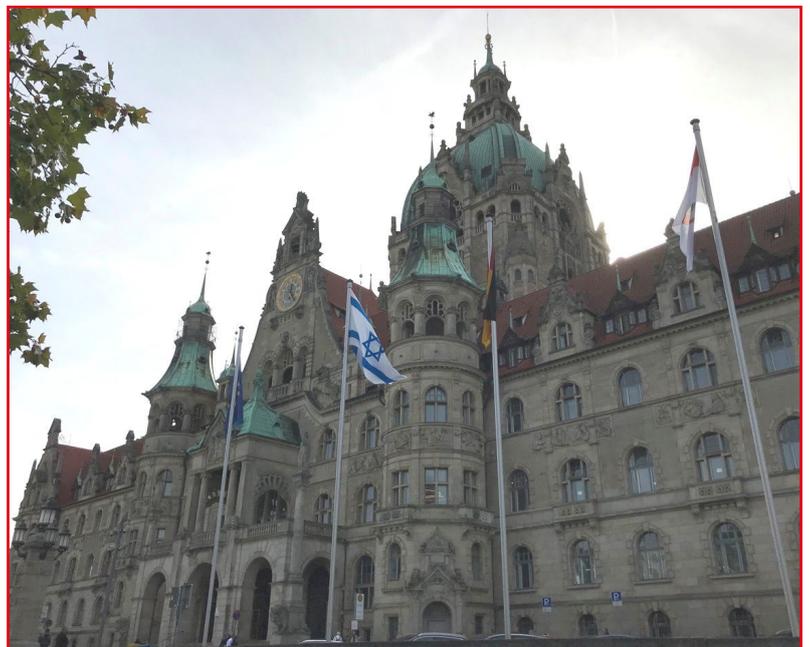
93 | 10.11.2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 9. November vor 85 Jahren brannten in unserem Land und auch in unserer Stadt die Synagogen. Die „Reichspogromnacht“, in deren Gefolge über 30.000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt wurden, war ein weiterer Schritt auf dem Weg der nationalsozialistischen Rassenpolitik zur gezielten Vernichtung jüdischen Lebens.

Vor sechs Wochen, am 7. Oktober, überfiel die Terrororganisation Hamas etliche Orte in Israel, massakrierte mehr als 1.500 Menschen, zerstörte ganze Ortschaften und verschleppte Kinder, Frauen und Männer in den Gazastreifen. Der Staat Israel ist somit kein sicherer Rückzugsort mehr für jüdische Menschen aus der ganzen Welt, wie er nach dem Holocaust notwendig geworden war.

Die Angriffe auf Israel halten an, und zugleich verstärkt die israelische Armee ihre



*Solidarität mit Israel:
Beflaggung vor dem Neuen Rathaus Anfang Oktober.*

Eine Stadt für alle.



Operationen im Gazastreifen. Die unerträglichen Gräueltaten der Hamas haben nun zu unfassbarem Leid der palästinensischen Menschen im Gazastreifen geführt.

Unsere Geschichte verpflichtet uns zu einer besonderen Verantwortung für jüdisches Leben in unserem Land und anderswo. Unsere sozialdemokratischen Grundwerte verpflichten uns aber auch dazu, einzustehen für die Freiheit und das Wohlbefinden von Menschen egal welcher Herkunft und einzustehen für den Frieden.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Gemeinsamer Appell gegen Antisemitismus, Terror und Gewalt

Wenige Tage nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel haben die jüdischen, palästinensischen und muslimischen Gemeinden gemeinsam mit den Ratsfraktionen und dem Oberbürgermeister ein Zeichen für Frieden, Menschlichkeit und ein respektvolles Miteinander gesetzt. Bei einem Treffen mit OB Belit Onay appellierten die Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden, Michael Fürst, Yazid Shammout, Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde, und Ibrahim Özdemir, stellvertretender Vorsitzender der Schura, des Landesverbandes der Muslime zusammen mit den Vorsitzenden der Ratsfraktionen am 20. Oktober gegen Antisemitismus, Terror und Gewalt.



Ibrahim Özdemir, Yazid Shammout, Michael Fürst und OB Belit Onay (Mitte) mit den Fraktionsvorsitzenden Wilfried Engelke (FDP), Lars Kelich (SPD), Elisabeth Clausen-Muradian (Bündnis 90/Die Grünen) und Felix Semper (CDU); v.l. © LHH

Belit Onay erklärte, dass jüdisches Leben „integraler Bestandteil unseres Zusammenlebens“ sei, ebenso wie muslimisches und christliches: „Wir sind eine Stadt, die sich für Frieden, Menschlichkeit und ein respektvolles Miteinander einsetzt.“ Die Teilnehmenden des Treffens stünden „hier heute als Zeichen dieses Miteinanders“.

Unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich versicherte den jüdischen Menschen unsere Solidarität. Diese gelte, so fügte er vor wenigen Tagen hinzu, auch unserem Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetovic. Ahmetovic, der auch dem SPD-Stadtverband vorsteht, war in den vergangenen Tagen mehrfach wegen seiner solidarischen Haltung mit Israel massiv angefeindet und bedroht worden.

Gedenken an die Pogromnacht

Gestern Mittag erinnerten Menschen aus der Region Hannover und aus unserer Stadt an die Reichspogromnacht. Vor 85 Jahren wurde die Neue Synagoge in der Roten Reihe durch Brandstiftung organisierte NS-Banden unter Billigung weitgehender Teile unserer Stadtbevölkerung zerstört und danach zahlreiche jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt. Nach dem Boykott von Läden jüdischer Geschäftsleute und der gravierenden Diskriminierung jüdischer Menschen auf der Grundlage der Nürnberger Rassengesetze war die Reichspogromnacht ein wichtiger Schritt der Nationalsozialisten auf dem Weg zur Vernichtung jüdischen Lebens in unserem Land und in Europa.

30 Kantoren aus verschiedenen Ländern erinnerten mit dem Kaddisch, dem jüdischen Totengebet, an dieses Leid. Aviya Nachshon aus Israel und Shterna Wolff von der orthodoxen Chabad-Gemeinde appellierten, angesichts der jüngsten Ereignisse im Nahen Osten in unserem Land konsequent gegen Antisemitismus einzustehen und alles zum Schutz jüdischen Lebens auch in Hannover zu tun. Israel müsse wieder ein sicherer Rückzugsort für jüdische Menschen aus aller Welt werden; zugleich aber müsse umgehend eine Verhandlungslösung entwickelt werden, die einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und Palästinenser*innen wie auch den Nachbarländern Israels herstelle.

Für unsere Fraktion legten Belgin Zaman, Robert Nicholls und Bala Ramani einen Kranz am Mahnmal in der Roten Reihe nieder, gedachten der Opfer des nationalsozialistischen Antisemitismus und bekundeten unsere Solidarität mit den Opfern der jüngsten antisemitischen Attacken.



Jüdisches Leben in Hannover

Das Leben in unserer Stadt ist vielfältig – auch kulturell, religiös und ethnisch. Dennoch sind Begegnungen mit jüdischem Leben für viele Menschen hier keineswegs alltäglich. Vor diesem Hintergrund fand bereits am 4. Oktober eine Anhörung zum Thema „Jüdisches Leben in Hannover“ statt. Angehört wurden die Vertreter*innen der Jüdischen und Liberalen Jüdischen Gemeinde sowie des orthodoxen Chabad-Zentrums, der Villa Seligmann, der Amadeu Antonio Stiftung sowie Dr. Jens Binner vom Zeitzentrum Zivilcourage.

Rebecca Seidler, Vorsitzende der Liberalen Jüdischen Gemeinde, machte deutlich, dass Jüdinnen und Juden keine homogene Gruppe und dass ihre Familiengeschichten komplex sind. Dementsprechend gebe es verschiedene Definitionen sowie vielfältige Selbstverständnisse des Jüdisch-Seins. Jüdische Lebenswelten widerspiegeln die pluralen Vorstellungen von Jüdin- bzw. Jude-Sein. Verorteten sich einige als religiös bzw. orthodox, verstünden sich die meisten hingegen als säkular. Auch sie könnten sich allerdings auf traditionelle Momente beziehen, die sich im religiösen Ritus und in den Feiertagen manifestieren. Tradition sei dabei nicht gleichbedeutend mit regelmäßigen Besuchen der Synagoge; es sei eher die familiäre Praxis, die eine entscheidende Rolle spiele und in den unterschiedlichen Gemeindehäusern gelebt werde. Dies wurde durch die Ausführungen der anderen Vertreter*innen der jüdischen Gemeinden unterstrichen.

Im Stadtleben wiederum nimmt die Villa Seligmann als gemeindeunabhängige Kultur- und Begegnungsstätte eine tragende Rolle ein.

Angesprochen wurde ebenfalls das Thema Antisemitismus und die Sicherheit, wonach insbesondere Schüler*innen fragten. Hier sahen einige der Anwesenden Handlungsbedarf, etwa in der Ausbildung und in einer stärkeren Sensibilisierung von Lehrkräften. Dazu gehöre, so Michael Fürst, Vorsitzender Jüdischer Gemeinde, Zivilcourage täglich zu praktizieren und vorzuleben. Der stetige Austausch hier- zu wie auch zu anderen wichtigen Fragen gehöre ohnehin zum jüdischen Lebens.

Jüdinnen und Juden im Deutschland der Gegenwart haben weit mehr zu bieten als eine Präsenz von 1700 Jahren oder Fragen nach Erinnerungskultur: Sie leben ihr kulturelles Erbe und ihre partikularen Identitäten – inmitten einer multireligiösen und multiethnischen Stadt. Es besteht somit die Hoffnung, dass die überwiegende Mehrheit unserer Stadtgesellschaft ein Interesse an lebenden Jüdinnen und Juden hat, das nicht allein auf Antisemitismus bzw. dessen Bekämpfung fixiert bleibt.

Anhörung zum Leineufer

Am 1. November fand in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses sowie des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen auf unseren [Antrag](#) hin eine Anhörung zum Leineufer statt. Dabei stellten die Initiative zum „Leineuferpark“ und den Entwurfsverfassern der Umgestaltung im Rahmen von „[Hannover City 2020+](#)“ verschiedene Umgestaltungsvorschläge vor. Um die Dimension der Debatte zu erweitern, gab es darüber hinaus einen Vortrag zur Skulpturenmeile. Möglichkeiten der Verkehrsentwicklung trugen der ADAC, die City-Gemeinschaft und die Niedersächsischen Landesstraßenbaubehörde vor.

Innerhalb der Fragen und der Debatte wurde seitens der Ausschussmitglieder herausgearbeitet, dass es grundsätzlich eine Offenheit für Umgestaltungsmaßnahmen gibt. Allerdings müsse vor allem die verkehrliche Leistungsfähigkeit des Cityrings berücksichtigt werden, und zwar im Zusammenhang mit sowohl den Veränderungen in der Innenstadt als auch in der Peripherie (etwa während der Umbauten am Schnellwegesystem). Aktuelle Zahlen zur Belastung des Cityrings sowie Untersuchungen zu den Verkehrsströmen dürften zu einer konstruktiven Fortsetzung der Debatte beitragen. Als SPD-Ratsfraktion ist uns dieser ganzheitliche Ansatz besonders wichtig.



Ideenskizze zum Leineufer aus dem Wettbewerb „Hannover City 2020+“. © LHH

Verlängerung der Weidenallee

Um die Verbindung der Stadtteile Bothfeld und Lahe zu stärken, hat sich die SPD-Fraktion im Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide seit vielen Jahren für die Verlängerung der Weidenallee eingesetzt. Bereits

vor sechs Jahren haben wir durch einen [Haushaltsantrag](#) die finanziellen Mittel bereitgestellt, die für den notwendigen Flächenankauf benötigt werden.

In der vergangenen Woche hat der Bauausschuss endlich den [Bebauungsplan](#) beschlossen, der die Verlängerung der Weidenalle und den Bau neuer Wohnungen ermöglicht und einen Ausgleich für den Wegebau durchs Landschaftsschutzgebiet schafft. Wir freuen uns, dass die langen Verhandlungen und der Ausgleich der unterschiedlichen Interessen am Ende erfolgreich war und haben dem Bebauungsplan deshalb in der letzten Sitzung des Bauausschusses zugestimmt.

Lars Kelich zum Sprecher des Arbeitskreises Große Städte gewählt

Vor vier Wochen traf sich der Arbeitskreis Große Städte der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik ([Bundes-SGK](#)) zu seiner Herbsttagung in Saarbrücken.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die aktuellen Gesetzesvorhaben für den Wohnungsbau, für den Klimaschutz und zur Entlastung der Wirtschaft. Die Befürwortung all dieser Vorhaben wurden von der Mahnung flankiert, die großen Städte dabei nicht zu überfordern und sie durch geringere Steuereinnahmen im Gefolge des Wachstumschancengesetzes zusätzlich finanziell zu belasten. Torsten Lang aus dem saarländischen Innenministerium unterstützte diese Forderungen und verwies neben den finanziellen Belastungen auf die Personalengpässe in den Kommunen, die eine Umsetzung – auch durchaus wünschenswerter Regelungen – massiv erschwere.

Für die Industrie- und Handelskammer Saarland legte Leander Wappler dar, welche Herausforderungen der Handel gerade in den Städten zu bewältigen habe. Aufgrund der anhaltenden Trends zu mehr Internethandel würden die „Cities keine Umkleidekabinen“ bleiben, sondern müssten ihre traditionellen Funktionen – Wohnen, Arbeit, Bürger*innenservice, Bildung, Freizeit, Kultur und Handel – wieder stärker gerecht werden. Diesen Funktionen entsprechend müssten Konzepte für Nutzungsräume, die Immobilienwirtschaft, Leerstandsmanagement und Mobilität aufgelegt werden. Unabdingbar sei zudem eine starke Marke sowie vor allem der Aufbau von Vertrauen in der Bevölkerung mit Blick auf den notwendigen Wandel, der insbesondere das Sicherheitsgefühl der Menschen berücksichtigen müsse.



Zu Beginn seiner Tagung wählte der Arbeitskreis unseren Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich zum Sprecher, der damit die Nachfolge von Thorsten Brehm aus Nürnberg antritt.

Unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich nach seiner Wahl zum Sprecher des AK Große Städte mit Saarbrückens Fraktionsvorsitzendem Mirco Bertucci und SGK-Bundesgeschäftsführer Manfred Sternberg.

Neu im FSJ Politik: Aliya Celebi

Nachdem wir Ende August unsere FSJlerin Nora Hecht aus ihrem FSJ 2022/2023 verabschiedet hatten, hat wenige Wochen später Aliya Celebi ihr FSJ bei uns aufgenommen. Sie wird bis zum 30. September 2024 uns als Fraktion begleiten und stellt sich hier selbst vor:

*Hallo, ich heiße Aliya, bin 20 Jahre alt und wohne seit acht Jahren in Hannover. Ursprünglich stamme ich aus Bremen. In meiner Freizeit tanze ich seit meinem sechsten Lebensjahr Ballett, nehme Gesangsunterricht und treffe mich gerne mit meinen Freund*innen.*

Bereits in meiner Schulzeit entschied ich mich für den Politik-Leistungskurs und habe ein immer größer werdendes Interesse entwickelt, hinter die Fassaden der politischen Strukturen schauen zu können. Deshalb habe ich mich dazu entschieden, ein FSJ bei der SPD-Ratsfraktion zu beginnen.

Ich habe im Oktober das FSJ Politik begonnen und stehe somit noch am Anfang meines Freiwilligendienstes bei der Fraktion und freue mich sehr auf die bevorstehenden Monate.



Geschäftsverteilung im Fraktionsbüro

Zum 31. Oktober hat Jan de Vries seine Vertretung für unsere Fraktionsreferentin Imke Weihmann beendet, und Imke Weihmann ist zum 1. November in unsere Geschäftsstelle zurückgekehrt. Damit kehren wir auch zur alten Geschäftsverteilung in unserem Fraktionsbüro zurück:

Dr. Marc-Dietrich Ohse, Fraktionsgeschäftsführer: Ratsversammlung; Verwaltungsausschuss; Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Liegenschaften; Haushalt, Finanzen, Rechnungsprüfung, Feuerwehr, öffentliche Ordnung; Organisation, Personal, Digitalisierung; HCC, Häfen; Stadtbezirksräte.

Miriam Düsterhöft, Fraktionsreferentin: Gleichstellung; Internationales; Soziales.

Diane Schadow, Fraktionsreferentin: Kultur; Sport; Geschäftsführungsassistenz.

Jonathan Schorling, Fraktionsreferent: Bauen, Stadtentwicklung; Umwelt, Klimaschutz, Grünflächen; Stadtentwässerung; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Imke Weihmann, Fraktionsreferentin: Familie, Jugend; Schule, Bildung

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

